

Insolvenzordnung: InsO

Kommentar

von

Prof. Dr. Wilhelm Uhlenbruck, Dr. Heribert Hirte, Prof. Dr. Heinz Vallender, Franz Mentzel, Dr. Georg Kuhn, Prof. Dr. Moritz Brinkmann, Christine Ede, Henrik Gildehaus, Béla Knof, Dr. Hans-Jochem Lüer, PD Dr. Sebastian Mock, Irmtraut Pape, Stephan Ries, Prof. Dr. Ralf Sinz, Werner Sternal, Prof. Dr. Georg Streit, Dr. Dirk Wegener, Dr. Helmut Zipperer, Joachim Zobel

14. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4664 7

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Uhlenbruck
Insolvenzordnung

beck-shop.de

beck-shop.de

Insolvenzordnung

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Wilhelm Uhlenbruck

Richter am Amtsgericht a. D., Köln
Honorarprofessor an der Universität zu Köln

Prof. Dr. Heribert Hirte, LL. M.

Universitätsprofessor an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Heinz Vallender

Aufsicht führender Richter am Amtsgericht Köln
Honorarprofessor an der Universität zu Köln

14., völlig neu bearbeitete Auflage
des von

Franz Mentzel begründeten sowie von Dr. Georg Kuhn
und Professor Dr. Wilhelm Uhlenbruck
fortgeführten Werkes zur Konkursordnung

Verlag Franz Vahlen München 2015

beck-shop.de

Zitiervorschlag:

Uhlenbruck/*Bearbeiter* § . . . InsO Rn. . . .

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4664 7

© 2015 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstr. 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Bearbeitet von

Professor Dr. Moritz Brinkmann, LL. M. (McGill)
Universitätsprofessor an der Universität Bonn

Christine Ede, LL. M. (Sydney)
Rechtsanwältin
München

Professor Dr. Heribert Hirte, LL. M. (Berkeley)
Universitätsprofessor an der Universität Hamburg
Mitglied des Deutschen Bundestages, Köln/Berlin

Béla Knof
Rechtsanwalt
Hamburg

Dr. Hans-Jochem Lüer, LL. M. (Berkeley)
Rechtsanwalt
Köln

Privatdozent Dr. Sebastian Mock, LL. M. (New York University)
Universität Hamburg

Irmtraut Pape
Vorsitzende Richterin am Landgericht Göttingen

Stephan Ries
Rechtsanwalt
Wuppertal

Dipl.-Kfm. Professor Dr. Ralf Sinz
Fachanwalt für Insolvenzrecht
Honorarprofessor an der Rheinischen Fachhochschule, Köln

Werner Sternal
Vors. Richter am OLG Köln

Professor Dr. Georg Streit
Rechtsanwalt, München
Honorarprofessor an der Universität Mannheim

Professor Dr. Heinz Vallender
Aufsicht führender Richter am Amtsgericht Köln
Honorarprofessor an der Universität zu Köln

Dr. Dirk Wegener, MBL (Köln)
Fachanwalt für Insolvenzrecht
Köln

Dr. Helmut Zipperer
Aufsicht führender Richter am Amtsgericht Mannheim

Joachim Zobel
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Nürnberg

beck-shop.de

Vorwort zur 14. Auflage

War noch im Vorwort zur 13. Auflage dieses Kommentars angesichts zahlreicher gesetzlicher „Reparaturen“ im Insolvenzrecht von der „Dauerbaustelle Insolvenzordnung“ die Rede, hat sich diese seit der letzten Auflage zu einer wahren „Großbaustelle“ entwickelt. Stark angetrieben durch internationale Entwicklungen, insbesondere auch der Möglichkeit, Insolvenzverfahren im (europäischen) Ausland abwickeln zu können, hat sich der Gesetzgeber zu einer auf drei Stufen angelegten „Totalüberholung“ des deutschen Insolvenzrechts entschieden. Die 1. Stufe dieser Revision des deutschen Insolvenzrechts bildet das „Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen“ (ESUG [BGBl. I 2011 S. 2582]), die 2. Stufe das „Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“ vom 15.7.2013 (BGBl. I S. 2379). Sie markieren die beiden wichtigsten, in dieser Neuauflage berücksichtigten Reformgesetze. Aber auch sonst sind seit dem Erscheinen der 13. Auflage 2010 zahlreiche Änderungen der Insolvenzordnung erfolgt. So sind im Laufe der vergangenen Jahre mehrere Fiskusvorrechte an zahlreichen – teils verdeckten – Stellen wieder eingeführt worden. Prominentes Beispiel ist etwa der durch Art. 3 Nr. 2 Haushaltsbegleitgesetz 2011 vom 9.12.2010 (BGBl. I S. 1885) mit Wirkung zum 1.1.2011 eingeführte § 55 Abs. 4 InsO. Zu nennen sind weiter die Streichung von § 7 InsO durch Art. 2 des „Gesetzes zur Änderung des § 522 der Zivilprozessordnung“ vom 21.10.2011 (BGBl. I S. 2082) sowie die (endgültige) Rückkehr zum „alten“ Überschuldungsbegriff in § 19 Abs. 2 InsO durch Art. 18 des „Gesetzes zur Einführung einer Rechtsbehelfsbelehrung im Zivilprozess und zur Änderung anderer Vorschriften“ vom 5.12.2012 (BGBl. I S. 2418). Eine reichhaltige und oftmals rechtsfortbildende Judikatur zum Insolvenzrecht und seinen zahlreichen Nebengebieten, vor allem zur Insolvenzanfechtung, dem Insolvenzarbeits- und –gesellschaftsrecht sowie dem Kreditsicherungsrecht erforderten teilweise eine völlige Neuorientierung. Die kaum noch zu überschauende Fülle an insolvenzrechtlicher Literatur und Judikatur zwang im Interesse der Handlichkeit des Kommentars zu einer weitgehenden Beschränkung auf grundlegende oder weiterführende Fundstellen sowie auf höchstrichterliche Rechtsprechung. Weitere Änderungen der Insolvenzordnung bzw. des Insolvenzrechts lassen sich schon jetzt absehen: An erster Stelle zu nennen ist als 3. Stufe der erwähnten Totalrevision der deutschen Insolvenzordnung der gerade in der parlamentarischen Beratung befindliche Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen“ (KIG; BT-Drucks. 18/407). Erhebliche Auswirkungen auf das Insolvenzanfechtungsrecht dürfte das gerade am 16.3.2015 als Referentenentwurf vorgelegte „Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz“ haben (dazu im Überblick vor § 129 Rn. 9a ff.). Auf europäischer Ebene steht schließlich eine umfassende Revision der Europäischen Insolvenzverordnung an.

In den Autorenkreis neu aufgenommen wurden Frau Rechtsanwältin Christine Ede, München, Herr Vorsitzender Richter am OLG Köln Werner Sternal, Herr Rechtsanwalt Professor Dr. Georg Streit, München, Herr Richter am Amtsgericht Dr. Helmut Zipperer, Mannheim, sowie Herr Rechtsanwalt Joachim Zobel, Nürnberg. Ausgeschieden aus dem Bearbeiterkreis sind Ernst-Dieter Berscheid, Karl Heinz Maus sowie schließlich auch Wilhelm Uhlenbruck, der diese Auflage aber als Mitherausgeber unverändert mit Rat und Tat begleitet hat. Die Herausgeber danken allen Mitautoren für ihre aufopferungsvolle Mitarbeit an der Neuauflage dieses Kommentars sowie Herrn Henrik Gildehaus, Universität Hamburg, für die umsichtige Erstellung des Sachverzeichnisses.

Möge der Kommentar, der sich traditionell als Praktikerkommentar versteht, auch in der neuen Auflage wiederum eine rechte Hilfe für den Benutzer sein. Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden gerne entgegengenommen. Hinweise an die Herausgeber werden erbeten unter Heribert.Hirte@jura.uni-hamburg.de oder hvallender@t-online.de.

Köln und Hamburg, im Frühjahr 2015

Wilhelm Uhlenbruck,
Heribert Hirte,
Heinz Vallender

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Die Bearbeiter des Kommentars	V
Vorwort zur 14. Auflage	VII
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XVII

1. Insolvenzordnung (InsO)

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften

§ 1	Ziele des Insolvenzverfahrens	1
§ 2	Amtsgericht als Insolvenzgericht	9
§ 3	Örtliche Zuständigkeit	14
§ 4	Anwendbarkeit der Zivilprozeßordnung	23
§ 4a	Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens	49
§ 4b	Rückzahlung und Anpassung der gestundeten Beträge	60
§ 4c	Aufhebung der Stundung	63
§ 4d	Rechtsmittel	68
§ 5	Verfahrensgrundsätze	70
§ 6	Sofortige Beschwerde	85
§ 7	Rechtsbeschwerde (aufgehoben)	96
§ 8	Zustellungen	104
§ 9	Öffentliche Bekanntmachung	108
§ 10	Anhörung des Schuldners	111

Zweiter Teil. Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Erfasstes Vermögen und Verfahrensbeteiligte

Erster Abschnitt. Eröffnungsvoraussetzungen und Eröffnungsverfahren		117
§ 11	Zulässigkeit des Insolvenzverfahrens	117
§ 12	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	197
§ 13	Eröffnungsantrag	203
§ 14	Antrag eines Gläubigers	240
§ 15	Antragsrecht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	279
§ 15a	Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	284
§ 16	Eröffnungsgrund	302
§ 17	Zahlungsunfähigkeit	307
§ 18	Drohende Zahlungsunfähigkeit	329
§ 19	Überschuldung	338
§ 20	Auskunfts- und Mitwirkungspflicht im Eröffnungsverfahren. Hinweis auf Restschuldbefreiung	371
§ 21	Anordnung vorläufiger Maßnahmen	387
§ 22	Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	424
§ 22a	Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	522
§ 23	Bekanntmachung der Verfügungsbeschränkungen	541
§ 24	Wirkungen der Verfügungsbeschränkungen	544
§ 25	Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen	550
§ 26	Abweisung mangels Masse	558
§ 26a	Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	580
§ 27	Eröffnungsbeschluß	586
§ 28	Aufforderungen an die Gläubiger und die Schuldner	595
§ 29	Terminbestimmungen	597
§ 30	Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	600
§ 31	Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister	602
§ 32	Grundbuch	605
§ 33	Register für Schiffe und Luftfahrzeuge	614
§ 34	Rechtsmittel	615
Zweiter Abschnitt. Insolvenzmasse. Einteilung der Gläubiger		625
§ 35	Begriff der Insolvenzmasse	625
§ 36	Unpfändbare Gegenstände	710
§ 37	Gesamtgut bei Gütergemeinschaft	728
§ 38	Begriff der Insolvenzgläubiger	735
§ 39	Nachrangige Insolvenzgläubiger	754
§ 40	Unterhaltsansprüche	775
§ 41	Nicht fällige Forderungen	779
§ 42	Auflösend bedingte Forderungen	785

Inhaltsverzeichnis

§ 43	Haftung mehrerer Personen	787
§ 44	Rechte der Gesamtschuldner und Bürgen	797
§ 44a	Gesicherte Darlehen	801
§ 45	Umrechnung von Forderungen	803
§ 46	Wiederkehrende Leistungen	810
§ 47	Aussonderung	812
§ 48	Ersatzaussonderung	845
§ 49	Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen	854
§ 50	Abgesonderte Befriedigung der Pfandgläubiger	869
§ 51	Sonstige Absonderungsberechtigte	881
§ 52	Ausfall der Absonderungsberechtigten	894
§ 53	Massegläubiger	899
§ 54	Kosten des Insolvenzverfahrens	901
§ 55	Sonstige Masseverbindlichkeiten	905
Dritter Abschnitt. Insolvenzverwalter. Organe der Gläubiger		933
§ 56	Bestellung des Insolvenzverwalters	933
§ 56a	Gläubigerbeteiligung bei der Verwalterbestellung	958
§ 57	Wahl eines anderen Insolvenzverwalters	966
§ 58	Aufsicht des Insolvenzgerichts	977
§ 59	Entlassung des Insolvenzverwalters	993
§ 60	Haftung des Insolvenzverwalters	1004
§ 61	Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten	1032
§ 62	Verjährung	1039
§ 63	Vergütung des Insolvenzverwalters	1041
§ 64	Festsetzung durch das Gericht	1060
§ 65	Verordnungsermächtigung	1064
§ 66	Rechnungslegung	1064
§ 67	Einsetzung des Gläubigerausschusses	1081
§ 68	Wahl anderer Mitglieder	1090
§ 69	Aufgaben des Gläubigerausschusses	1096
§ 70	Entlassung	1107
§ 71	Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1111
§ 72	Beschlüsse des Gläubigerausschusses	1119
§ 73	Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1123
§ 74	Einberufung der Gläubigerversammlung	1131
§ 75	Antrag auf Einberufung	1137
§ 76	Beschlüsse der Gläubigerversammlung	1140
§ 77	Feststellung des Stimmrechts	1149
§ 78	Aufhebung eines Beschlusses der Gläubigerversammlung	1158
§ 79	Unterrichtung der Gläubigerversammlung	1165
Dritter Teil. Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens		
Erster Abschnitt. Allgemeine Wirkungen		1170
§ 80	Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts	1170
§ 81	Verfügungen des Schuldners	1210
§ 82	Leistungen an den Schuldner	1217
§ 83	Erbschaft. Fortgesetzte Gütergemeinschaft	1228
§ 84	Auseinandersetzung einer Gesellschaft oder Gemeinschaft	1233
§ 85	Aufnahme von Aktivprozessen	1239
§ 86	Aufnahme bestimmter Passivprozesse	1265
§ 87	Forderungen der Insolvenzgläubiger	1272
§ 88	Vollstreckung vor Verfahrenseröffnung	1277
§ 89	Vollstreckungsverbot	1286
§ 90	Vollstreckungsverbot bei Masseverbindlichkeiten	1295
§ 91	Ausschluß sonstigen Rechtserwerbs	1299
§ 92	Gesamtschaden	1313
§ 93	Persönliche Haftung der Gesellschafter	1319
§ 94	Erhaltung einer Aufrechnungslage	1330
§ 95	Eintritt der Aufrechnungslage im Verfahren	1346
§ 96	Unzulässigkeit der Aufrechnung	1357
§ 97	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners	1378
§ 98	Durchsetzung der Pflichten des Schuldners	1388
§ 99	Postsperr	1397
§ 100	Unterhalt aus der Insolvenzmasse	1403
§ 101	Organschaftliche Vertreter. Angestellte	1408
§ 102	Einschränkung eines Grundrechts	1416
Zweiter Abschnitt. Erfüllung der Rechtsgeschäfte. Mitwirkung des Betriebsrats		1416
§ 103	Wahlrecht des Insolvenzverwalters	1416
§ 104	Fixgeschäfte. Finanzleistungen	1457
§ 105	Teilbare Leistungen	1470

Inhaltsverzeichnis

§ 106	Vormerkung	1476
§ 107	Eigentumsvorbehalt	1485
§ 108	Fortbestehen bestimmter Schuldverhältnisse	1490
§ 109	Schuldner als Mieter oder Pächter	1522
§ 110	Schuldner als Vermieter oder Verpächter	1533
§ 111	Veräußerung des Miet- oder Pachtobjekts	1536
§ 112	Kündigungssperre	1538
§ 113	Kündigung eines Dienstverhältnisses	1544
§ 114	(aufgehoben)	1585
§ 115	Erlöschen von Aufträgen	1586
§ 116	Erlöschen von Geschäftsbesorgungsverträgen	1586
§ 117	Erlöschen von Vollmachten	1609
§ 118	Auflösung von Gesellschaften	1613
§ 119	Unwirksamkeit abweichender Vereinbarungen	1615
§ 120	Kündigung von Betriebsvereinbarungen	1619
§ 121	Betriebsänderungen und Vermittlungsverfahren	1626
§ 122	Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung	1626
§ 123	Umfang des Sozialplans	1650
§ 124	Sozialplan vor Verfahrenseröffnung	1651
§ 125	Interessenausgleich und Kündigungsschutz	1663
§ 126	Beschlußverfahren zum Kündigungsschutz	1691
§ 127	Klage des Arbeitnehmers	1691
§ 128	Betriebsveräußerung	1701
Dritter Abschnitt. Insolvenzanfechtung		1712
Vorbemerkungen		1712
§ 129	Grundsatz	1716
§ 130	Kongruente Deckung	1800
§ 131	Inkongruente Deckung	1824
§ 132	Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen	1846
§ 133	Vorsätzliche Benachteiligung	1850
§ 134	Unentgeltliche Leistung	1887
§ 135	Gesellschafterdarlehen	1918
§ 136	Stille Gesellschaft	1928
§ 137	Wechsel- und Scheckzahlungen	1931
§ 138	Nahestehende Personen	1933
§ 139	Berechnung der Fristen vor dem Eröffnungsantrag	1943
§ 140	Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung	1947
§ 141	Vollstreckbarer Titel	1971
§ 142	Bargeschäft	1973
§ 143	Rechtsfolgen	1985
§ 144	Ansprüche des Anfechtungsgegners	2025
§ 145	Anfechtung gegen Rechtsnachfolger	2029
§ 146	Verjährung des Anfechtungsanspruchs	2035
§ 147	Rechtshandlungen nach Verfahrenseröffnung	2040
Vierter Teil. Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse		
Erster Abschnitt. Sicherung der Insolvenzmasse		2043
§ 148	Übernahme der Insolvenzmasse	2043
§ 149	Wertgegenstände	2056
§ 150	Siegelung	2065
§ 151	Verzeichnis der Massegegenstände	2066
§ 152	Gläubigerverzeichnis	2069
§ 153	Vermögensübersicht	2071
§ 154	Niederlegung in der Geschäftsstelle	2073
§ 155	Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung	2074
Zweiter Abschnitt. Entscheidung über die Verwertung		2084
§ 156	Berichtstermin	2084
§ 157	Entscheidung über den Fortgang des Verfahrens	2090
§ 158	Maßnahmen vor der Entscheidung	2100
§ 159	Verwertung der Insolvenzmasse	2108
§ 160	Besonders bedeutsame Rechtshandlungen	2132
§ 161	Vorläufige Untersagung der Rechtshandlung	2141
§ 162	Betriebsveräußerung an besonders Interessierte	2145
§ 163	Betriebsveräußerung unter Wert	2150
§ 164	Wirksamkeit der Handlung	2153
Dritter Abschnitt. Gegenstände mit Absonderungsrechten		2154
§ 165	Verwertung unbeweglicher Gegenstände	2154
§ 166	Verwertung beweglicher Gegenstände	2161
§ 167	Unterrichtung des Gläubigers	2170

Inhaltsverzeichnis

§ 168	Mitteilung der Veräußerungsabsicht	2173
§ 169	Schutz des Gläubigers vor einer Verzögerung der Verwertung	2179
§ 170	Verteilung des Erlöses	2182
§ 171	Berechnung des Kostenbeitrags	2187
§ 172	Sonstige Verwendung beweglicher Sachen	2197
§ 173	Verwertung durch den Gläubiger	2200

Fünfter Teil. Befriedigung der Insolvenzgläubiger. Einstellung des Verfahrens

Erster Abschnitt. Feststellung der Forderungen			2203
§ 174	Anmeldung der Forderungen	2203	
§ 175	Tabelle	2213	
§ 176	Verlauf des Prüfungstermins	2220	
§ 177	Nachträgliche Anmeldungen	2227	
§ 178	Voraussetzungen und Wirkungen der Feststellung	2235	
§ 179	Streitige Forderungen	2247	
§ 180	Zuständigkeit für die Feststellung	2256	
§ 181	Umfang der Feststellung	2265	
§ 182	Streitwert	2269	
§ 183	Wirkung der Entscheidung	2272	
§ 184	Klage gegen einen Widerspruch des Schuldners	2274	
§ 185	Besondere Zuständigkeiten	2280	
§ 186	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	2283	

Zweiter Abschnitt. Verteilung			2286
§ 187	Befriedigung der Insolvenzgläubiger	2286	
§ 188	Verteilungsverzeichnis	2291	
§ 189	Berücksichtigung bestrittener Forderungen	2297	
§ 190	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger	2303	
§ 191	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen	2309	
§ 192	Nachträgliche Berücksichtigung	2311	
§ 193	Änderung des Verteilungsverzeichnisses	2314	
§ 194	Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis	2316	
§ 195	Festsetzung des Bruchteils	2319	
§ 196	Schlußverteilung	2321	
§ 197	Schlußtermin	2328	
§ 198	Hinterlegung zurückbehaltener Beträge	2332	
§ 199	Überschuß bei der Schlußverteilung	2335	
§ 200	Aufhebung des Insolvenzverfahrens	2336	
§ 201	Rechte der Insolvenzgläubiger nach Verfahrensaufhebung	2343	
§ 202	Zuständigkeit bei der Vollstreckung	2349	
§ 203	Anordnung der Nachtragsverteilung	2350	
§ 204	Rechtsmittel	2359	
§ 205	Vollzug der Nachtragsverteilung	2360	
§ 206	Ausschluß von Massegläubigern	2362	

Dritter Abschnitt. Einstellung des Verfahrens			2365
§ 207	Einstellung mangels Masse	2365	
§ 208	Anzeige der Masseunzulänglichkeit	2381	
§ 209	Befriedigung der Massegläubiger	2400	
§ 210	Vollstreckungsverbot	2414	
§ 210a	Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit	2420	
§ 211	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	2424	
§ 212	Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrunds	2429	
§ 213	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	2434	
§ 214	Verfahren bei der Einstellung	2439	
§ 215	Bekanntmachung und Wirkungen der Einstellung	2442	
§ 216	Rechtsmittel	2445	

Sechster Teil. Insolvenzplan

Erster Abschnitt. Aufstellung des Plans			2449
Vorbemerkung zu §§ 217–269			2449
§ 217	Grundsatz	2455	
§ 218	Vorlage des Insolvenzplans	2460	
§ 219	Gliederung des Plans	2470	
§ 220	Darstellender Teil	2470	
§ 221	Gestaltender Teil	2473	
§ 222	Bildung von Gruppen	2476	
§ 223	Rechte der Absonderungsberechtigten	2483	
§ 224	Rechte der Insolvenzgläubiger	2485	
§ 225	Rechte der nachrangigen Insolvenzgläubiger	2486	
§ 225a	Rechte der Anteilsinhaber	2487	

Inhaltsverzeichnis

§ 226	Gleichbehandlung der Beteiligten	2500
§ 227	Haftung des Schuldners	2502
§ 228	Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse	2504
§ 229	Vermögensübersicht, Ergebnis- und Finanzplan	2505
§ 230	Weitere Anlagen	2508
§ 231	Zurückweisung des Plans	2510
§ 232	Stellungnahmen zum Plan	2518
§ 233	Aussetzung von Verwertung und Verteilung	2520
§ 234	Niederlegung des Plans	2522
Zweiter Abschnitt. Annahme und Bestätigung des Plans		2523
§ 235	Erörterungs- und Abstimmungstermin	2523
§ 236	Verbindung mit dem Prüfungstermin	2529
§ 237	Stimmrecht der Insolvenzgläubiger	2529
§ 238	Stimmrecht der absonderungsberechtigten Gläubiger	2531
§ 238a	Stimmrecht der Anteilsinhaber	2531
§ 239	Stimmliste	2537
§ 240	Änderung des Plans	2537
§ 241	Gesonderter Abstimmungstermin	2538
§ 242	Schriftliche Abstimmung	2541
§ 243	Abstimmung in Gruppen	2542
§ 244	Erforderliche Mehrheiten	2543
§ 245	Obstruktionsverbot	2545
§ 246	Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger	2552
§ 246a	Zustimmung der Anteilsinhaber	2553
§ 247	Zustimmung des Schuldners	2554
§ 248	Gerichtliche Bestätigung	2555
§ 248a	Gerichtliche Bestätigung einer Planberichtigung	2556
§ 249	Bedingter Plan	2558
§ 250	Verstoß gegen Verfahrensvorschriften	2559
§ 251	Minderheitenschutz	2563
§ 252	Bekanntgabe der Entscheidung	2567
§ 253	Rechtsmittel	2568
Dritter Abschnitt. Wirkungen des bestätigten Plans. Überwachung der Planerfüllung		2571
§ 254	Allgemeine Wirkungen des Plans	2571
§ 254a	Rechte an Gegenständen. Sonstige Wirkungen des Plans	2575
§ 254b	Wirkung für alle Beteiligten	2578
§ 255	Wiederauflebensklausel	2585
§ 256	Streitige Forderungen. Ausfallforderungen	2591
§ 257	Vollstreckung aus dem Plan	2594
§ 258	Aufhebung des Insolvenzverfahrens	2600
§ 259	Wirkungen der Aufhebung	2603
§ 259a	Vollstreckungsschutz	2608
§ 259b	Besondere Verjährungsfrist	2610
§ 260	Überwachung der Planerfüllung	2611
§ 261	Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	2615
§ 262	Anzeigespflicht des Insolvenzverwalters	2619
§ 263	Zustimmungsbedürftige Geschäfte	2620
§ 264	Kreditrahmen	2622
§ 265	Nachrang von Neugläubigern	2629
§ 266	Berücksichtigung des Nachrangs	2630
§ 267	Bekanntmachung der Überwachung	2631
§ 268	Aufhebung der Überwachung	2632
§ 269	Kosten der Überwachung	2633
Siebter Teil. Eigenverwaltung		
§ 270	Voraussetzungen	2634
§ 270a	Eröffnungsverfahren	2661
§ 270b	Vorbereitung einer Sanierung	2678
§ 270c	Bestellung des Sachwalters	2713
§ 271	Nachträgliche Anordnung	2715
§ 272	Aufhebung der Anordnung	2719
§ 273	Öffentliche Bekanntmachung	2723
§ 274	Rechtsstellung des Sachwalters	2724
§ 275	Mitwirkung des Sachwalters	2730
§ 276	Mitwirkung des Gläubigerausschusses	2733
§ 276a	Mitwirkung der Überwachungsorgane	2735
§ 277	Anordnung der Zustimmungsbedürftigkeit	2740
§ 278	Mittel zur Lebensführung des Schuldners	2744
§ 279	Gegenseitige Verträge	2747

Inhaltsverzeichnis

§ 280 Haftung, Insolvenzanfechtung	2748
§ 281 Unterrichtung der Gläubiger	2750
§ 282 Verwertung von Sicherungsgut	2751
§ 283 Befriedigung der Insolvenzgläubiger	2753
§ 284 Insolvenzplan	2755
§ 285 Masseunzulänglichkeit	2757

Achter Teil. Restschuldbefreiung

Vorbemerkung zu § 286	2759
§ 286 Grundsatz	2772
§ 287 Antrag des Schuldners	2776
§ 287a Entscheidung des Insolvenzgerichts	2788
§ 287b Erwerbsobliegenheit des Schuldners	2797
§ 288 Bestimmung des Treuhänders	2802
§ 289 Einstellung des Insolvenzverfahrens	2808
§ 290 Versagung der Restschuldbefreiung	2810
§ 291 (aufgehoben)	2837
§ 292 Rechtsstellung des Treuhänders	2837
§ 293 Vergütung des Treuhänders	2849
§ 294 Gleichbehandlung der Gläubiger	2853
§ 295 Obliegenheiten des Schuldners	2860
§ 296 Verstoß gegen Obliegenheiten	2873
§ 297 Insolvenzstrafataten	2883
§ 297a Nachträglich bekannt gewordene Versagungsgründe	2888
§ 298 Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders	2893
§ 299 Vorzeitige Beendigung	2898
§ 300 Entscheidung über die Restschuldbefreiung	2901
§ 300a Neuerwerb im laufenden Insolvenzverfahren	2911
§ 301 Wirkung der Restschuldbefreiung	2913
§ 302 Ausgenommene Forderungen	2921
§ 303 Widerruf der Restschuldbefreiung	2930
§ 303a Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	2937

Neunter Teil. Verbraucherinsolvenzverfahren

Vorbemerkung zu §§ 304–314	2940
Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	2943
§ 304 Grundsatz	2943
Zweiter Abschnitt. Schuldenbereinigungsplan	2952
§ 305 Eröffnungsantrag des Schuldners	2952
§ 305a Scheitern der außergerichtlichen Schuldenbereinigung	2979
§ 306 Ruhen des Verfahrens	2982
§ 307 Zustellung an die Gläubiger	2994
§ 308 Annahme des Schuldenbereinigungsplans	3008
§ 309 Ersetzung der Zustimmung	3016
§ 310 Kosten	3033
§ 311 Aufnahme des Verfahrens über den Eröffnungsantrag	3034
§ 312 Allgemeine Verfahrensvereinfachungen	3046
§ 313 Treuhänder	3046
§ 314 Vereinfachte Verteilung	3046

Zehnter Teil. Besondere Arten des Insolvenzverfahrens

Erster Abschnitt. Nachlaßinsolvenzverfahren	3047
§ 315 Örtliche Zuständigkeit	3047
§ 316 Zulässigkeit der Eröffnung	3053
§ 317 Antragsberechtigte	3055
§ 318 Antragsrecht beim Gesamtgut	3057
§ 319 Antragsfrist	3058
§ 320 Eröffnungsgründe	3058
§ 321 Zwangsvollstreckung nach Erbfall	3060
§ 322 Anfechtbare Rechtshandlungen des Erben	3061
§ 323 Aufwendungen des Erben	3062
§ 324 Masseverbindlichkeiten	3063
§ 325 Nachlaßverbindlichkeiten	3065
§ 326 Ansprüche des Erben	3067
§ 327 Nachrangige Verbindlichkeiten	3069
§ 328 Zurückgewährte Gegenstände	3071
§ 329 Nacherbfolge	3072

Inhaltsverzeichnis

§ 330 Erbschaftskauf	3073
§ 331 Gleichzeitige Insolvenz des Erben	3074
Zweiter Abschnitt. Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft	3077
§ 332 Verweisung auf das Nachlaßinsolvenzverfahren	3077
Dritter Abschnitt. Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft	3079
§ 333 Antragsrecht. Eröffnungsgründe	3079
§ 334 Persönliche Haftung der Ehegatten	3081

Elfter Teil. Internationales Insolvenzrecht

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	3084
Vorbemerkungen zu §§ 335–358	3084
§ 335 Grundsatz	3099
§ 336 Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand	3114
§ 337 Arbeitsverhältnis	3115
§ 338 Aufrechnung	3117
§ 339 Insolvenzanfechtung	3119
§ 340 Organisierte Märkte. Pensionsgeschäfte	3121
§ 341 Ausübung von Gläubigerrechten	3124
§ 342 Herausgabepflicht. Anrechnung	3126
Zweiter Abschnitt. Ausländisches Insolvenzverfahren	3129
§ 343 Anerkennung	3129
§ 344 Sicherungsmaßnahmen	3131
§ 345 Öffentliche Bekanntmachung	3133
§ 346 Grundbuch	3134
§ 347 Nachweis der Verwalterbestellung. Unterrichtung des Gerichts	3136
§ 348 Zuständiges Insolvenzgericht. Zusammenarbeit der Insolvenzgerichte	3137
§ 349 Verfügungen über unbewegliche Gegenstände	3138
§ 350 Leistung an den Schuldner	3140
§ 351 Dingliche Rechte	3141
§ 352 Unterbrechung und Aufnahme eines Rechtsstreits	3143
§ 353 Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	3145
Dritter Abschnitt. Partikularverfahren über das Inlandsvermögen	3146
§ 354 Voraussetzungen des Partikularverfahrens	3146
§ 355 Restschuldbefreiung. Insolvenzplan	3149
§ 356 Sekundärinsolvenzverfahren	3150
§ 357 Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter	3152
§ 358 Überschuss bei der Schlussverteilung	3154

Zwölfter Teil. Inkrafttreten

§ 359 Verweisung auf das Einführungsgesetz	3155
--	------

2. Kommentierung des Art. 102 EGINsO Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl I S 2911)

Art 102. Durchführung der VO (EG) Nr 1346/2000 über Insolvenzverfahren	3157
Vorbemerkungen	3157
§ 1 Örtliche Zuständigkeit	3157
§ 2 Begründung des Eröffnungsbeschlusses	3159
§ 3 Vermeidung von Kompetenzkonflikten	3160
§ 4 Einstellung des Insolvenzverfahrens zugunsten der Gerichte eines anderen Mitgliedstaats	3162
§ 5 Öffentliche Bekanntmachung	3164
§ 6 Eintragung in öffentliche Bücher und Register	3165
§ 7 Rechtsmittel	3166
§ 8 Vollstreckung aus der Eröffnungsentscheidung	3167
§ 9 Insolvenzplan	3168
§ 10 Aussetzung der Verwertung	3169
§ 11 Unterrichtung der Gläubiger	3170
Art 102a Insolvenzverwalter aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	3171

Inhaltsverzeichnis

3. Verordnung (EG) Nr 1346/2000 des Rates der Europäischen Union vom 29. Mai 2000 – ABl L 160/1 über Insolvenzverfahren – EuInsVO –

Vorbemerkungen	3173
Kapitel I. Allgemeine Vorschriften	3181
Art 1. Anwendungsbereich	3181
Art 2. Definitionen	3183
Art 3. Internationale Zuständigkeit	3186
Art 4. Anwendbares Recht	3203
Art 5. Dingliche Rechte Dritter	3210
Art 6. Aufrechnung	3212
Art 7. Eigentumsvorbehalt	3213
Art 8. Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand	3215
Art 9. Zahlungssysteme und Finanzmärkte	3216
Art 10. Arbeitsvertrag	3218
Art 11. Wirkung auf eintragungspflichtige Rechte	3220
Art 12. Gemeinschaftspatente und -marken	3221
Art 13. Benachteiligende Handlungen	3222
Art 14. Schutz des Dritterwerbers	3223
Art 15. Wirkung des Insolvenzverfahrens auf anhängige Rechtsstreitigkeiten	3224
Kapitel II. Anerkennung der Insolvenzverfahren	3224
Art 16. Grundsatz	3224
Art 17. Wirkungen der Anerkennung	3226
Art 18. Befugnisse des Verwalters	3228
Art 19. Nachweis der Verwalterstellung	3232
Art 20. Herausgabepflicht und Anrechnung	3233
Art 21. Öffentliche Bekanntmachung	3234
Art 22. Eintragung in öffentliche Register	3235
Art 23. Kosten	3237
Art 24. Leistung an den Schuldner	3237
Art 25. Anerkennung und Vollstreckbarkeit sonstiger Entscheidungen	3239
Art 26. Ordre Public	3241
Kapitel III. Sekundärinsolvenzverfahren	3243
Art 27. Verfahrenseröffnung	3243
Art 28. Anwendbares Recht	3245
Art 29. Antragsrecht	3246
Art 30. Kostenvorschuss	3246
Art 31. Kooperations- und Unterrichtungspflicht	3247
Art 32. Ausübung von Gläubigerrechten	3249
Art 33. Aussetzung der Verwertung	3251
Art 34. Verfahrensbeendende Maßnahmen	3252
Art 35. Überschuss im Sekundärinsolvenzverfahren	3254
Art 36. Nachträgliche Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens	3254
Art 37. Umwandlung des vorhergehenden Verfahrens	3255
Art 38. Sicherungsmaßnahmen	3256
Kapitel IV. Unterrichtung der Gläubiger und Anmeldung ihrer Forderungen	3258
Art 39. Recht auf Anmeldung von Forderungen	3258
Art 40. Pflicht zur Unterrichtung der Gläubiger	3258
Art 41. Inhalt einer Forderungsanmeldung	3258
Art 42. Sprachen	3258
Kapitel V. Übergangs- und Schlussbestimmungen	3258
Art 43. Zeitlicher Geltungsbereich	3258
Art 44. Verhältnis zu Übereinkünften	3258
Art 45. Änderung der Anhänge	3259
Art 46. Bericht	3259
Art 47. Inkrafttreten	3259
Anhang A	3261
Anhang B	3263
Anhang C	3265
Sachregister	3267